

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz)  
Verlag  
Verlagsbuchhandlung  
Göttingen-Zürich.  
Postsendungen  
franco gegen franco.  
Gemeinnütziger Brief  
und der Schweiz ist  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N. 21.

Donnerstag, 18. Mai.

1882.

AVIS an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besagt, verlegt, und die bezüglichen Behörden als alle Mängel, unvollständige Verbindungen nach ihren Wünschen möglichst zu berichtigen, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Verbindungen nach dort abzusenden, so ist die äusserste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu wahren, und letztere dadurch zu schützen. Hauptredaktionsort ist hiera sinntlich, daß unsere Freunde in jedem

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst schreiben, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Stelle außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch ein möglichst unverfängliches Bestellungsbegehren mitgeteilt werden. In postschwierigen Fällen empfiehlt sich besonders die Sicherheit Kommanditisation. Sozial an uns liegt, werden wir gewiß weiter Mähe noch Können leisten, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements  
werden nur beim Verlag und  
bei den bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
vierteljährlichen Preis von:  
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontostand)  
Fr. 3.— für Deutschland (Kontostand)  
Fr. 1.75 für Oesterreich (Kontostand)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Postvereins (Kontostand).

Insertate  
Die vierteljährliche Preiskarte  
25 Hfr. — 25 Hfr.

### Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Aufgepaßt!

Genossen, welche reisen, auswandern und besonders solche, die ins Ausland müssen, haben nur auf vertrauensvolles Entgegenkommen in unseren Reihen zu rechnen, wenn sie seitens wohlbekannter Vertrauensleute schriftlich legitimiert sind. Ausweisungsordere oder sonstige amtliche Aktenstücke legitimieren nirgends.

Versehe sich Jedermann außerdem rechtzeitig mit  
Heimathscheißen für alle Fälle.

Unangenehme Folgen im Ausreisungsfall hat sich Jeder selbst zuzuschreiben.

Weiteres siehe Nr. 6 des „Sozialdemokrat“.

### Die Situation in Irland.

Wenn man die Dinge nach dem äusseren Anschein beurtheilen wollte, so hätten die Männer, welche am 6. Mai im Dubliner Stadtpark die Herren Cavendish und Bourke aus der Welt schafften, den englischen Landlords den größten Gefallen erwiesen. Wenigstens haben die edlen Bauernschinder die allgemeine Aufregung über das Dubliner Attentat geschickt auszunutzen verstanden und ein Unterdrückungsgesetz gegen das irische Volk zu Stande gebracht, wie seit Jahrhunderten kein infameres über Irland von Seiten der englischen Eroberer verhängt worden ist.

Ob sie durch dasselbe aber ihr Ziel, die vollständige Unterwerfung des irischen Volkes, die bedingungslose Annahme der von ihnen beliebten „Zugeständnisse“ erreichen werden, ist glücklicherweise eine andere Frage.

Wir haben bereits in unserer vorigen Nummer gezeigt, in welcher günstiger Situation sich die Irländer gerade im Augenblick des Dubliner Attentats befanden. Sie waren die Sieger im Kampf gegen Gladstone und seine Zwangsgeetze geblieben, indem sie durch ihren energischen Widerstand, durch das Festhalten an dem No-rent-Manifest, durch Boycottiren und, wo nöthig, durch „Kapitän Mondlichts“ energische Aktion die Landlords ganz gehörig misse gemacht hatten, sie waren es, mit einem Wort, welche die Bedingungen des Friedens zu bestimmen hatten.

Man könnte hier die Frage aufwerfen, warum die englische Regierung denn nicht ohne Weiteres es mit schärferen Mitteln versucht habe, ehe sie die Zwangsgeetze außer Wirksamkeit setzte. Die Antwort ist sehr bald gegeben. An dem guten Willen dazu hat es ihr nicht gefehlt, aber es sprach ein anderer gewaltiger Faktor dagegen: Amerika. Die fünf Millionen Iren in Amerika repräsentiren eine Macht, welche nicht zu unterschätzen ist und sich, sei es durch direkte Unterstützung der Landliga, sei es durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung in Amerika John Bull sehr unangenehm fühlbar gemacht hat. War es doch schon einen Augenblick nahe daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten behufs Beschädigung der ihrem Verbandsangehörigen Iren den Engländern eine summarische Aufforderung zuschickte. Auf ein Zerwürfniß mit der Union durfte und wollte es Gladstone nicht ankommen lassen. Deshalb suchte er mit den Irländern zu paktiren und zwar natürlich mit den Elementen derselben, welche ihm, den Liberalen, am nächsten stehen: mit der Landliga.

Was will die Landliga? Die Pächter zu selbständigen Bauern machen. Diese Forderung ist Herrn Gladstone, dessen Partei schon seit Langem gegen den erblichen Großgrundbesitz ankämpft und „Free trade in Land“, „Freihandel in Grund und Boden“ auf ihre Fahne geschrieben hat, sehr sympathisch. Wer konnte daher zufriedener sein wie er, als die verweifelten Landlords, um wenigstens etwas zu retten, selbst von einer Ablösung der Pächter sprachen und die Iren gleichfalls dahingehende Vorschläge machten? Es war für ihn die beste Gelegenheit, sich aus der Klemme zu ziehen, in die er sich durch die Zwangsbill hineingeritten.

Aber die Landliga ist nicht das irische Volk, ist vor allen Dingen nicht das revolutionäre Irland.

Hinter ihr, d. h. nicht etwa als ihr Anhängel, stehen die Fenier, die eigentliche irische Nationalpartei. Vorreitung von England ist ihre Parole. Dieses Programm bestimmt ihre Organisation und ihre Kampfweise: Verschwörung, möglichste Schwächung der feindlichen Behörden, politischer Mord u. Selbstvertheidigung haben die Fenier innerhalb der Landliga viele Anhänger und Freunde.

Als dritte irische Partei oder vielmehr richtiger: Volksströmung, kommen die eigentlichen Proletarier, die „ribbon men“, in Be-

tracht, die Arbeiter in Stadt und Land. Auch diese haben ihre Organisationen, geheime wie öffentliche, und wenn man im Ausland nicht viel von ihnen hört, so geschieht dies aus dem Umstande, weil die das öffentliche Leben in Irland, insbesondere die irische Presse beherrschende Landliga nicht gern davon spricht. Ueber die Stärke dieser Arbeiterverbindungen gehen die Berichte auseinander, doch dürfte die Zahl ihrer Anhänger in die Hunderttausende gehen.

Solange nun die Zwangsbill in Kraft war, die Führer der Landliga im Gefängniß saßen, die letztere selbst die Parole „No-rent! Keinen Pachtzins zahlen!“ befolgte, lag keine Veranlassung vor, daß diese drei Hauptströmungen im irischen Volk in Gegensatz zu einander traten. Im Augenblick aber, wo die Landliga einen Kompromiß mit der englischen Regierung schließt, muß dieser Gegensatz sich zeigen, wie er auch vor Verhängung der Zwangsbill offen zu Tage trat. Die Fenier sind unverdächtig und den Arbeitern ist nichts damit gedient, wenn die Pächter selbständige Bauern werden.

Es ist nun klar, daß gerade die Fenier, die ohne die große Waffe des Volkes schließlich nichts machen können, jede Annäherung zwischen den irischen Pächtern und der englischen Regierung zu verhindern suchen müssen. Von diesem Gesichtspunkte aus wird man das, wahrscheinlich von Feniern ausgegangene Attentat auf Cavendish und Bourke begreiflich finden. Es kommt da noch hinzu, daß Bourke der Spiegelbild des früheren Staatssekretärs Forster war und bei all' dessen Schurkereien als rechte Hand fungirte. Bourke hat wahrscheinlich geglaubt, nachdem die Führer der Landliga freigelassen waren, auf die gewohnte Schutzwehr verzichten zu können, die Fenier aber hielten gerade diesen Moment für geeignet, ihre Unverdäulichkeit durch einen Doppelmord zu dokumentiren und — um mit Bismarck zu reden — ihren Freunden von der Landliga in die Suppe zu spucken.

Das ist ihnen denn auch zunächst gelungen. Die Herren von der Landliga ließen sich unter dem Eindruck der allgemeinen Wuth in England zu Entrüstungsmanifesten u. hinreißen, und zwar nicht nur die in England lebenden Führer der Landliga, die „Parlamentarier“, sondern auch amerikanische Zweige der Landliga hielten Entrüstungsversammlungen ab und setzten Preise auf die Ergreifung der „Mörder“ fest.

Einen günstigeren Moment, die feige Humanitätshetzelei, mit der sie der Welt Sand in die Augen streuen, an den Nagel zu hängen und sich in ihrer ganzen Brutalität zu zeigen, konnten sich die englischen Landjunker gar nicht wünschen. Jetzt ging das Gehege und Gesehrei los. Die Amerikaner sind ruhig, da können wir den Irländern einmal zeigen, was wir noch vermögen — so argumentirte die muthige Gesellschaft. Gladstone, der — wie gesagt — als in der Wölle gefährlicher Liberaler die englischen Großgrundbesitzer idyllisch haßt, wurde von dem „alten Weibe“ („old woman“) des königlichen Kammerdieners Brown, der „gracious queen“ Viktoria, so lange bearbeitet, bis er — halb zog sie ihn, halb sank er hin — nachgab; und so ist denn jenes infame Geetz zu Stande gekommen, welches unter dem Namen „Unterdrückungsgesetz“ ein ewiger Schandfleck in Englands Geschichte sein wird.

Aber es wird hoffentlich mehr sein. Anscheinend triumphiren jetzt die Lords — ihre Freude wird nicht von langer Dauer sein. Ob Barnell, Dillon und Davitt sich zu einem neuen No-rent-Manifest aufrufen werden, ist gleichgültig; im Augenblick, wo das Unterdrückungsgesetz in Kraft tritt, wird der ganze, Jahrhundert alte Haß des irischen Volkes gegen die englischen Unterdrücker wieder aufleben, „Kapitän Mondlicht“ wird wieder in seine Rechte treten, und wie während des Geltens der Zwangsbill die sogenannten Landkate ihren Zweck verfehlten, so wird, so lange die Unterdrückungsbill in Anwendung kommt, auch die Ablösungsbill — die überhaupt erst noch geboren werden soll — auf das irische Volk ohne Wirkung bleiben.

Haben die Fenier zunächst den Landlords mit dem Attentat vom 6. Mai einen scheinbaren Dienst geleistet, so leisten die Landlords jetzt mit ihrer schamlosen Ausnutzung des Attentats als Vorwand zu größerer Unterdrückung den Feniern einen wirklichen Dienst. Die Amerikaner werden bald einsehen, welchen politischen Fehler sie begingen,\*) und ihn wieder gut zu machen wissen, die fenische Bewegung, welche ohnehin unter den Mitgliedern der Liga viele Anhänger und Freunde zählt, wird erstarken, und wenn die Antwort auf die Zwangsbill „Zahlt keine Rente!“ hieß, so wird hoffentlich die Antwort auf die Unterdrückungsbill „Zahlt keine Ablösung!“ lauten. Leo.

### Die Hausindustrie.

Die Hausindustrie erstreckt sich in Deutschland leider eines viel zu guten Aufes. Es liegt das wesentlich an den patriarchalischen, ökonomisch unentwickelten, kleinlichen Verhältnissen, welche in unserer Industrie vielfach vorherrschen und natürlich auch auf die Anschauungen einwirken

\*) Jf. inzwischen geschieden.

Kam. d. Red.

Dazu kommt, daß der Deutsche ein harter Gemüths Mensch, richtiger Gemüthsdeffner, ist, und was ihn an der Hausindustrie befehdt, das ist gerade ihre angeblich „gemüthsliche“ Seite. „Im Gegensatz zur ärmlichen Fabrikindustrie, welche die Arbeiter aus ihrem „Heim“ reißt, sie in die Arbeitskasernen einsperret und ihnen die frumme Ordnung der Kaserne aufzwingt, läßt die Hausindustrie dem Arbeiter sein „Heim“, gewährt sie ihm das idyllische Bild der Hauslichkeit, läßt sie sich in das Familienleben ein, und bietet Mann, Frau und Kindern im trautem Verein die Wohlthaten des industriellen Erwerbs.“

Das klingt sehr schön, wenn man aber diese „Gemüthslichkeit“ bei Nöth betrachtet, in alle dunkeln „lauschigen“ Ecken hineinleuchtet, dann bekommt man ein anderes Bild — ein Bild, das nichts weniger als anziehend, in seinen einzelnen Partien mitunter geradezu graulich ist.

Wir haben die Hausindustrie kennen zu lernen die beste Gelegenheit gehabt; und wie kennen auch durch eigene Erfahrung und Anschauung die Nachtheile der modernen Fabrikindustrie — wie sie den Arbeiter zur Sklaverei verdammt, das Familienleben zerstört, den Menschen geistig und körperlich herabdrückt. Trotzdem müssen wir, Hand auf's Herz, nach Abwägung des Fikr und Wider unsere Ueberzeugung dahin aussprechen, daß die Hausindustrie den Arbeiter und dessen Angehörige physisch und moralisch weit mehr degra- dirt, als das die moderne Fabrik-Industrie thut.

An sich ist es ja gewiß nicht verwerflich, im Gegentheil, es ist natürlich, daß die industrielle Arbeit in der Privatwohnung, im sogenannten „Heim“ und in Gesellschaft und unter Mitwirkung der Familie verrichtet wird — soweit die Art der Arbeit dies nicht ausschließt. Für solche Beschäftigungen, welche nicht die Konzentration der Arbeitskräfte in großen Räumen bedingen, — also namentlich beim Maschinen- und Dampftrieb — könnte die Hausindustrie entschieden alle die guten Eigenschaften haben, welche die theils betrübenden, theils herabzulehrenden Vorkämpfer ihre andichten, wenn — ja, wenn wir nicht in der Area der Bourgeoisie und des kapitalistisch-egoistischen Ausbeutungssystems lebten.

An sich ist es ja gewiß nicht verwerflich, im Gegentheil, es ist natürlich, daß die industrielle Arbeit in der Privatwohnung, im sogenannten „Heim“ und in Gesellschaft und unter Mitwirkung der Familie verrichtet wird — soweit die Art der Arbeit dies nicht ausschließt. Für solche Beschäftigungen, welche nicht die Konzentration der Arbeitskräfte in großen Räumen bedingen, — also namentlich beim Maschinen- und Dampftrieb — könnte die Hausindustrie entschieden alle die guten Eigenschaften haben, welche die theils betrübenden, theils herabzulehrenden Vorkämpfer ihre andichten, wenn — ja, wenn wir nicht in der Area der Bourgeoisie und des kapitalistisch-egoistischen Ausbeutungssystems lebten.

An sich ist es ja gewiß nicht verwerflich, im Gegentheil, es ist natürlich, daß die industrielle Arbeit in der Privatwohnung, im sogenannten „Heim“ und in Gesellschaft und unter Mitwirkung der Familie verrichtet wird — soweit die Art der Arbeit dies nicht ausschließt. Für solche Beschäftigungen, welche nicht die Konzentration der Arbeitskräfte in großen Räumen bedingen, — also namentlich beim Maschinen- und Dampftrieb — könnte die Hausindustrie entschieden alle die guten Eigenschaften haben, welche die theils betrübenden, theils herabzulehrenden Vorkämpfer ihre andichten, wenn — ja, wenn wir nicht in der Area der Bourgeoisie und des kapitalistisch-egoistischen Ausbeutungssystems lebten.

Die gedankigen, ventilierten Arbeitsfälle, die gute Heizung und Belüftung, die beschränkte Arbeitszeit, die zahlreichen sanitären Vorrichtungen der Fabrik gehen dem in der Hausindustrie Beschäftigten ab. In seiner schicksalgeheuten, schlechtbelüfteten, meist gar nicht ventilierten Proletarierwohnung hat er zu arbeiten, durch seine Arbeit die verderbte Lebensluft noch vergiftend; Frau und Kind hat er einzuatmen in das Arbeitsoch, und keine Fabrikglocke gibt ihm und den Seinigen das Zeichen der Erlösung. Von früh Morgens bis spät Abends, in die Nacht hinein, ja bis zum andern Morgen muß er schauen, gereizt von der Peitsche der Noth, wie Hood's „Nähterin“.

Und während der revolutionäre Fabrikarbeiter den Fabrikanten, die Bourgeoisie anlagt, daß sie Frauen und Kinder dem Moloch des Kapitalismus opfern, muß der unglückliche Hausindustriearbeiter dieses grausame Opfer eigenhändig an den Seinigen vollziehen.

Das ist tragisch und zu gleicher Zeit demoralisirend; denn Ausbeutung bleibt Ausbeutung, auch wenn sie nur die Beirridigung der nothwendigsten Bedürfnisse zum Zweck hat.

Ein wahres Glück, daß die Hausindustrie auf den Aussterbe- Etas gelebt ist. Das ökonomische hochentwickelte England kennt keine Hausindustrie mehr. Dieselbe ist der Ueberrest einer aufschwügenden ökonomischen Entwicklungsperiode. Neben der Groß-Fabrikindustrie kann sie sich bloß durch die unglücklichen Umstände behaupten, und auch das nur vorübergehend. Das Mißverhältnis der Hand- und der Maschinenarbeit wird durch Hungern ausgeglichen, bis man zuletzt an dem Punkt ankommt, wo das Verdrängen beginnt.

Und dieser Punkt scheint nun endlich erreicht. Im sächsischen Erzgebirge und Voigtland, in Schlesien und Thüringen, kurz, in allen „Paradiesen“ der Hausindustrie ist die Lebenshaltung (Standard of Life) auf das Minimum heruntergeschraubt. Enger kann der Hungerriemen unmöglich geschnallt werden. Eine weitere Umdrehung der Schraube und der Hunger totet.

Ohne eine grundsätzliche Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, ohne vernünftige und gerechte Organisation der Arbeit, mit einem Wort: ohne eine soziale Revolution sind die in der Hausindustrie Beschäftigten unrettbar verloren. Der heutige Klassenkampf hat nichts für sie. Das hat sich schlagend in Sachen gezeigt, wo die Regierung vor drüßhalb Jahren die Trostlosigkeit über Zustände im Erzgebirge zugab, zur Abhilfe aber in dieser langen Zeit nichts gethan hat, bñchstlich nichts.

Für den in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter ist sonach im wahren Sinne des Wortes die Revolution eine Lebensfrage!

Selim.

### Unsere Vertretung im Reichstage.

Aus der Rede des Abgeordneten Kayser über die Novelle zur Gewerbeordnung.

Auf mehrfachen Wunsch aus Parteikreisen werden wir während der Dauer der Reichstagsession sämtliche wesentlichen Reden unserer Abgeordneten zur Kenntniß unserer Leser bringen, theils im Referat nach dem stenographischen Bericht, theils in Auszügen aus demselben. Wir

beginnen mit der am 8. Mai gehaltenen Rede Kayser's über die Gewerbeordnungsnovelle.

Kayser protestirt zunächst gegen die Ausföhrungen des konservativen Abgeordneten für Pflaun, Hartmann, der sich gebrüht hatte, daß die sozialistischen Arbeiter für ihn gestimmt und sich ihm gegenüber für Einführung der Arbeitbücher ausgesprochen hätten. Darauf wendet er sich zum Gesammturtheil selbst:

„Das uns ganz besonders gegen den gegenwärtigen Entwurf einnimmt, ist, daß wir an ihm ein ganz ähnliches häßliches Gesicht sehen, wie bei dem Sozialistengesetz, dieselbe Worsstellung, wie z. B. Thatsachen, welche die Arbeiter in die rechtserregende, ganz wörtlich so wie es im Sozialistengesetz heißt. Deshalb kann man wohl sagen, daß eigentlich das Gesetz hätte überschrieben werden müssen: „gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen des selbstständigen Kleinbetriebes.“ Wir finden auch zur Veranschaulichung eine Menge Kautschubegriffe, wie Unzuverlässigkeit gegen das Gesetz, Ordnung, Sicherheit, gute Sitten. — Alles das sind schöne Worte, nur daß sich Jeder etwas Anderes darunter denkt, daß der Herr Abgeordnete Günther und andere Herren von rechts unter „guten Sitten“ etwas anders verstehen können, als andere Leute, daß die Polizei mit solchen Worten etwas ganz anderes anfängt, wie gewöhnliche Bürger sich erklären lassen, so daß man sagen muß, daß mit solchen Bestimmungen alles Mögliche gemacht werden kann. Ich habe hervor, daß ja meine Partei, die Sozialdemokratie, gewiß nicht in der Gewerbeordnung das Eborado für die Ordnung der gewerblichen Verhältnisse sieht; aber noch weit weniger sehen wir irgend welche Besserung für die gewerblichen Klassen in der Polizeibegünstigung, wo Einem gegeben und Vielen genommen wird, wo immer nur der Satz gilt: das artige Kind bekommt den Apfel, die unartigen können dem Essen zusehen. Ich bin durchaus der Meinung, daß die gewerkschaftlichen Klassen Grund zur Klage haben, und denke ganz mit dem Herrn Abgeordneten Hartmann, daß es endlich an der Zeit wäre, den hochachtbaren Stand der Handwerker zurückzusetzen. Aber durch solche Gesetze, wie das gegenwärtige, ändert man an den Lebensbedingungen des Kleinbetriebes, der mit so ungeheuren Sorgen zu kämpfen hat, absolut nichts, damit ist nichts für die soziale Organisation der Gesellschaft getan. Damit nimmt man sich gar nicht irgendwie der Gesellschaft an, sondern dem armen Mann wird das Leben noch schwerer gemacht, der arme Mann wird einfach unter die Beamtenherrschaft gestellt, unter die Polizei, und man sieht bei dem ganzen Entwurf so zu sagen gesehentlich die Nase des Polizeibeamten durchblenden, der in alles sich hineinmengt und über alles entscheidet. Und ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Polizei von Hause aus dem armen Manne feindselig gestimmt ist, daß sie den abgesetzlichen Kod schon für etwas Verdächtiges hält.

(Widerspruch rechts.)

— Meine Herren, gehen Sie (zu der rechten Seite gewendet) nur an die erste beste Straßenseite in Berlin und fragen Sie selbst die Polizeibeamten, die praktisch ihr Werk zu verrichten haben, ob sie nicht schon weit mehr Aufmerksamkeit auf einen Mann werfen, der abgeholt geht, weil da der Polizist a priori annimmt, er könnte betreiben und dergleichen. So entsteht für den armen Mann der Verdacht schon von vornherein, und das ganze Verhalten der deutschen Polizei bis auf den heutigen Tag ist besonders gegen den armen Mann so gewesen, daß sie solches Vertrauen, wie es der Gesammturtheil verlangt, in keinem Falle verdient; der deutschen Polizei kann man nur immer und immer wieder misstrauen.

In Bezug auf die Beschränkungen von Musikausföhrungen, Schauspielen u. weiß Kayser nach, wie diese Verschärfung nur darauf abzielt, die Gastwirthe noch abhängiger von der Polizei zu machen als sie heute schon sind und fährt fort:

„Dann wird weiter gesagt: die Dinge laufen den „guten Sitten“ zuwider. Niemand wird mehr als wir ein solches Jawiderlaufen, wenn es dazu beiträgt, die Bevölkerung zu entzivilisieren, verwirren. Aber was da verlangt wird, gibt mir noch keine Garantie, daß wirklich damit irgendwo den guten Sitten gedient wird. Ich erinnere Sie an die Hoftheater und erwähne nur, was ich schon im Jahre 1880 an dieser Stelle gesagt habe, des Ballets. Dasselbe ist doch durchaus nicht sittlich wirkend, aber noch nie ist die geringste Beschränkung verlangt worden, denn es ist für die Vornehmen. Und wie soll die Polizei entscheiden, inwiefern der Zutritt zu den Markt'schen Bildern gestattet ist? Ich fürchte, die Polizei wird sich danach richten, wer die freie Kunst betrachtet, die Sache wird zu einer Entreefrage werden, dem vornehmen Franzosen wird gestattet sein, was man der armen Rähmannschicht nicht erlaubt. Wenn die Regierung sagt, die sogenannten Einzel-Tempel müssten bekämpft werden, weil sie eine unerwünschte Konkurrenz für die anderen Kunststätten bilden, so sollte man sich nach dem Beispiel richten, welches in Dresden einmal mit der billigen Aufführung von guten Theaterstücken vom Hoftheater gegeben wurde, und dem Uebel wäre abgeholfen. Als in Dresden das dortige Hoftheater sogenannte Klassenaufführungen zu ermöglichen freigegeben wurde, drängte sich die ärmere Bevölkerung, der Arbeiterstand, massenhaft in das Theater, um sich an den großen Schöpfungen unserer Klassiker zu ergötzen und zu erbauen. Also die Konkurrenz besiegte man durch billiges Entree, aber nicht durch Polizeimittel.“

Kayser kritisiert dann die Ausführungen der Regierungsvorlage über die Schlichtigkeit der Rechtskonsulenten:

„Zunächst wird gesagt, daß die Rechtskonsulenten viel zu viel einnehmen. Der Abgeordnete Günther nennt sie Strohblodolaten, der Volkswind nennt sie Ferkelstocher, weil ihnen nur die Ferkel bleiben, während die großen und jetten Schweine von den Absolventen geschlachtet werden. Doch darüber will ich nicht weiter reden, aber in den Worten heißt es ausdrücklich, daß durch die Rechtskonsulenten eine Schädigung des Ansehens der Behörden in den unteren Volksklassen erwachse, und daß weiterhin eine Menge von Beschwerden und dergleichen an die Behörden „unmündig veranlaßt“ werden. Man wird also denjenigen Rechtskonsulenten, die zu viel Beschwerden erheben, die zu stark das verleihte Recht wahrnehmen und damit die „Autorität der Regierung in den unteren Volksklassen schädigen“, den Gewerbebetrieb unterjochen, während bei anderen Rechtskonsulenten, selbst wenn sie vorbestraft sein sollten, man ein Auge zudrücken wird, wenn sie nur für die Autorität der Regierung eintreten. So wird man mit den Rechtskonsulenten nichts anderes erzielen, als Leute heranzuziehen, welche in Fällen, wo es sich entscheidet um Nebenbegriffe der Behörden handelt, den Leuten abratend, Beschwerde zu erheben. Sie werden sich als der Polizei ergeben, vor der Uniform sich beugend, zigen müssen. Nur die, welche Respekt vor der Obrigkeit haben und verbieten werden, wird man unbehelligt lassen, während die übrigen tagtäglich in der Unsicherheit der Erwerbsbeziehung schweben.“

Ans den Ausführungen Kayser's über das Hausirergewerbe heben wir nunmehr folgende als besonders charakteristisch hervor:

„Der Gesammturtheil beschäftigt sich weiter mit dem häuslichen Gewerbebetrieb und den Hausirern, und wenn ich wieder frage, von welchem sozialdemokratischen Standpunkt aus, was wird eigentlich bestritten? so kann man nicht behaupten, was sonst als Gegenstand der Agitation in öffentlichen Versammlungen der Konservativen gilt, daß das Großkapital bedrängt werde. Es wird wieder nur der kleine Geschäftsmann in seiner Betriebsamkeit, Waaren an den Mann zu bringen, ganz besonders einseitig. Diese Betriebsamkeit soll sich eben nicht voll entwickeln.“

— Meine Herren, die Aufnahme des lebenden Betriebes wird von uns nicht abgetrennt. Die Rostlage der Bankrotte steht fest, aber der Gewerbebetrieb leidet nicht an den Reisenden und Hausirern, sondern an ganz anderen Dingen, ich will es kurz sagen: am Kreditmangel, an den schlechten Erwerbsverhältnissen des arbeitenden Volkes und an der ganz ungenügenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Diese Uebel bestritt man nur durch eine völlige Aenderung der Wirtschaftsordnung, nicht aber durch die größere Unterdrückung des kleinen Mannes.“

— Meine Herren, der Entwurf hat nur nach einer Richtung hin mehr Freiheit gegeben, und da gerade, wo es zu bedauern ist. Während sonst der Hausirerbetrieb beschlachtet wird, gestattet er z. B. von nun an das Verkaufen von Schnaps im Umherziehen. Das ist kein Fortschritt, selbst wenn es, wie es in den Regierungsmotiven heißt, einem großen Bedürfnis entsprechen sollte. Wir scheinen das eine merk-

würdige Gegenüberstellung zu sein, weniger Geist aber mehr Alkohol bieten, weniger geistige Unterhaltung, aber mehr Besoffenheit.“

— Wenn aber im Entwurf gesagt wird, daß man schwindelhaften Zwecken entgegenzutreten will, so wäre es selbstredend, daß ein Sozialdemokrat sagen muß, natürlich schwindelhaftes Jodeln müssen liberal besichtigt werden. Man muß sich freilich sagen, daß nach meiner theoretischen Ueberzeugung vom Handel — im Handel überhaupt etwas schwindelhaftes liegt, ich meine das im höheren wissenschaftlichen Sinne genommen, was schon Marx es bezeichnet: „Handel ist Prellerei“, was ich Herrn Sieder zu berücksichtigen bitte, der immer draußen in seinen Versammlungen behauptet, daß Marx nur dem Fabrikkapital, nicht dem Handelskapital entgegenzutreten sei. Meine Herren, der Kaufmann hat das Beispiel, seine Waaren über ihren inneren Werth anzupreisen, er will billig einkaufen, theuer verkaufen. Dabei braucht man noch nicht zum Schwindel im gewöhnlichen Sinne zu kommen, aber zum großen Theil nimmt der Kaufmann, wenn sich Gelegenheit bietet, den größeren Gewinn, auch wenn dieser in der Sache selbst nicht liegt. Das ist das, was man Prellerei nennt, was aber der Hoflieferant nicht minder treibt, als der Hausirer, der von Haus zu Haus, von Ort zu Ort geht.

(Sehr wahr! links.)

Meine Herren, wenn man wirklich dem Schwindel entgegenzutreten will, dann sage ich Ihnen gerade auf der rechten Seite, dann haben Sie einem ganz anderen Schwindel entgegenzutreten, dem Börsenschwindel, wozu Sie sich aber unfähig fühlen, da Ihre eigene Parteipresse, der „Reichsbote“ und das „Deutsche Tageblatt“, in betigen Widersprüche gekommen sind, ob man an diese großen Finanzkreise, die auch manchmal der Regierung sehr nahe stehen, wirklich herantreten darf und ihnen Schmerz und Beklemmung bereiten kann.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, ich sage mir also, wer wirklich irgendwie den durchaus berechtigten Hausirerbetrieb — und das erwähne ich gerade gegenüber den schändlichen Abgeordneten — den schändlichen Weberstand in seiner schon geringen wirtschaftlichen Selbstständigkeit schützen will, der muß nachher mittheilen, daß die selbstgefertigten Waaren vollständig frei zugelassen werden. Aber, meine Herren, wie sehr der Entwurf vorliegt, da kann ja kein Hausirer sicher sein, ob ihm nicht der Hausirerbetrieb, seine einzige Erwerbsfähigkeit, entzogen wird. Erfreuen soll er sorgen für die Unterhaltung der Kinder. Wenn er den Unterhalt nicht genügend versorgt, dann wird ihm der Hausirerbetrieb verboten. Nun stelle ich mir den schändlichen Weber vor, der durch die Saison und schlechte Zeiten vier Monate und länger arbeitslos ist. Er borgt sich — um nicht zu verkommen — Garn; dann arbeitet er und seine Frau mühselig, um verlässliche Waare zu fertigen, womit sie dann über Land gehen wollen, um durch den Absatz der Waare für sich und ihre Kinder Unterhalt zu schaffen. Weil aber schlechte Zeiten waren, so konnte nur mangelhaft für den Unterhalt der Kinder geforgt werden. Dann kann die Polizei kommen und sage zu: du darfst überhaupt nicht weggehen und ich verbiete das Umherziehen mit Waaren, und desto schwerer wird es für den Mann, etwas für den Unterhalt seiner Kinder zu thun. Man muß vielmehr umgekehrt sagen: man darf die Erwerbsfähigkeit nicht im geringsten beschränken, wenn Jemand in die Lage versetzt werden soll, einen schon nicht vorhandenen Unterhalt in höherem Maße sich zu beschaffen.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, weiter wird sogar verlangt, daß der Hausirer sich in direkter Weise um den ordentlichen Unterricht seiner Kinder kümmern soll, und wenn die Kinder nicht ordentlich unterrichtet werden, dann darf er nicht hausiren gehen. Ob man dabei voraussetzt, daß, wenn der Mann zu Hause ist, er Lehrer wird und, wenn kein genügender Unterricht vorhanden ist, er denselben erlernt und der Lehrer der eigenen Kinder ist? Das ist nicht der Fall, das dient alles bloß dazu, um dem kleinen Weber im Erzgebirge und sonst überall das Leben und den Erwerb recht schwer zu machen.“

In dem ganzen Gesammturtheil sehen wir auftreten die Konzession, mag es die offene oder verdeckte Konzession sein, mag sie uns erscheinen als eine direkte Gewährung oder als eine Entziehung der Erlaubniß, was doch immer nur eine verdeckte Konzession ist. Uns ist natürlich jede Konzession etwas Verwerfliches, uns erscheint sie besonders in einer Zeit, wo die freie Konkurrenz die Grundlage des ganzen wirtschaftlichen Lebens ist, als ein Verstoß für den einzelnen, Privatgenuß zu erwerben, uns erscheint sie als ein besonderes Privilegium für den einzelnen, die Beute, die sonst die herrschende Gesellschaft macht, in einem unbestimmten Theile gesichert zu erhalten, an ihr mit Sicherheit theilzunehmen. Nun, meine Herren, sehen Sie sich den Entwurf an, Sie, die Sie da draußen immer davon sprechen, daß Sie die produktiven Klassen in ihrem Erwerbe und dergleichen schützen wollen, schützen vor Ausbeutung. Wo werden durch den Entwurf irgendwas die produktiven Klassen in ihrer Ausbeutung geschützt? Umgekehrt, Sie begreifen gar nicht die Ungerechtigkeit, die darin liegt, wenn man die Frage aufwirft: was soll aus dem Manne werden, der keine Erlaubniß erhält? Nehmen Sie an, es ist der Mann ein Hausirer, oder er war Rechtskonsulent. Das eine wird ihm entzogen, das andere wird ihm verboten; nun frage ich, was soll nun dann für den Mann weiter geschehen? Der Staat, wie wir ihn uns vorstellen, sagt: wenn das eine unterjagt wird, muß man etwas anderes anweisen. Aber hier wird bloß unterjagt, und dann sagt man dem Manne: nun sieh, wie du weiter fertig wirst. Hier ist so oft vom praktischen Christenthum die Rede gewesen, aber ist das praktische Christenthum, daß man dem Einzelnen sagt, du darfst dieses und dieses nicht machen, und wenn er dann fragt: ja, was soll ich thun, so sagen Sie: sich, daß du fortkommst, verschiffst du dich aber gegen die Gesetze, so steht dir in Aussicht das Armenhaus, das Arbeitshaus oder das Zuchthaus. Ja, das steht für jeden in Aussicht, welchem die Erwerbsfähigkeit entzogen und neue Gelegenheit zum Erwerb nicht gegeben wird.

Die Polizeiallmacht wird durch den Gesammturtheil begründet, wie ich dies schon gesagt habe, und ich betone noch einmal, indem ich zum Schluß gelangte, daß die Polizei bei ihren Konzessionen die „guten Sitten“ durchaus nicht schützt. Ich erinnere hier zum Beispiel an die schändliche Polizei, die im Gegensatz zu dem klaren Wortlaut des Strafgesetzes noch immer Bordelle konzessioniert, und ich frage ausdrücklich, auf Grund eines solchen Vorkommnisses, ob man immer Förderung der „guten Sitten“ durch eine Polizeikommission und Polizeierlaubnis zu erwarten hat? Die ganze wirtschaftliche Entwicklung geht gegen das Privilegium, sie geht dahin, das Privilegium durch die Freiheit zu ersetzen. Weil aber die Freiheit sehr oft nur eine Ausbeutung des Stärkeren gegen den Schwächeren ist, halten wir es für notwendig, an deren Stelle eine soziale Organisation der Arbeit zu setzen, womit natürlich ein solcher Entwurf wie der vorliegende nichts zu thun hat, denn er bietet nichts, er stellt nur die Polizeiallmacht fest, und wir, die wir nur eine Besserung im Sozialismus sehen, in der Freiheit, in der Ordnung, wir wollen nicht dazu beitragen, die Polizei zu stärken, indem wir den armen und kleinen Mann ihr preisgeben und ihm das Leben schwer und unerträglich zu machen suchen.

## Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 17. Mai 1882.

— Bravo! Bravo bei den Sozialdemokraten! — heißt es am Schluß des Berichtes über die Rede unseres Genossen Bollmar zum Tabakmonopol. Und wir sind überzeugt, allüberall wo die Genossen einen auch nur leidlich sachgemäßen Auszug aus derselben gelesen haben werden, werden sie in den Ruf unserer Vertreter im Reichstage einstimmen und mit uns und ihnen unseren Genossen Bollmar rufen: Bravo!

Das war die richtige Art, mit welcher dieser angebliche Staatssozialismus Bismarck's von unserer Seite zurückgewiesen werden mußte! Das war die Antwort, welche auf den schamlosen Hamburg vom „Patrimonium der Enten“ gebührt! So mußte dem „Annal des armen Mannes“ und seinen frauunklerlichen Freunden heimgesendet werden!

Mit welcher vernichtender Schärfe hat Genosse Bollmar die Regierungsvorlage kritisiert, ohne in den sehr nahe liegenden Fehler zu verfallen, sein Mißtrauen aus dem Arsenal des Liberalismus und des Mandchertums zu holen. Nein, streng auf sozialistischem Boden sich haltend, führte er seine Hiebe gegen die Regierung. Desto wichtiger stellen sie aber auch auf dieselbe nieder.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier eine vollständige Analyse der Bollmar'schen Rede zu geben, wir werden dieselbe vielmehr nach den statistographischen Berichten zur Kenntniß unserer Leser bringen, auszugeweiht wird sie ohne den Genossen schon bekannt sein. Nur soviel wollen wir hier noch betonen, daß es uns namentlich gefreut hat, daß Bollmar auch die richtige Antwort auf die Hinweise auf das Ausland, welches das Monopol habe, ertheilte. Wenn man fortwährend vom Ausland spricht, gab er den Herren recht, dann gilt es zunächst, andere Einrichtungen von dort her zu holen, so von Frankreich die Republik, so von der Schweiz die direkte Volksgesetzgebung! Was Tags darauf den badischen Tabakhändler Sander zu dem geistreichen Argument veranlaßte: Wir brauchen keine Republik, bei dem Brande der Hygiene-Ausstellung war unser hochverehrter Kaiser einer der Ersten, welcher hinansuhr, um zu sehen, ob er irgendwo helfen könne!

Da das Ausstellungsgelände trotz der Anwesenheit des „allerehrten Kaisers“ vollständig niederbrannte, so ist der Nutzen des Letzteren allerdings schlagend nachgewiesen.

Auf die Tabakmonopoldebatte im Großen und Ganzen einzugehen, steht uns sowohl der Platz als auch die Lust. Was nicht durch die und Dumm mit der Regierung geht, sprach sich entschieden gegen die Vorlage aus. Den Herren geht es doch wider den Strich, daß ein so bedeutender Industriezweig der Privatindustrie ohne Weiteres entzogen werden soll. Bollmar wies mit Recht darauf hin, daß dieser Grund an sich für uns nicht stichhaltig sein könnte, wenn wir überhaupt mit dem heutigen Staat unterhandeln würden, daß aber, wenn wir einmal an das „Verhältniß“ gingen, wir uns zunächst an die konzentrierten Betriebe, nicht aber an die zerstückelten halten würden, z. B. an Eisenbahnen, Bergwerke u. und namentlich den Großgrundbesitz. Tags darauf beantragte das der Sekundant und Koalbeiter Sieder's, der Abgeordnete Hammerstein, zu dem ebenso plumpen wie abgebrauchten Kausal, Bollmar habe zwar unter den zu verstaatlichenden Betrieben auch den Großgrundbesitz genannt, selbstverständlich aber nicht von dem Baubetrieb, kein Wort von einem Reichsbankmonopol gesprochen. Es sei bekannt, daß seit Kassa die Sozialdemokratie niemals das eigentliche Börsenkapital angegriffen habe.

Genosse Kayser rief dem Entsat terrible der Konservativen: „Das ist nicht wahr!“ zu, und thätlich ist der Vorwurf, der übrigens den bekannten Schriftsteller Slagan zum geistigen Urheber hat, erfolgt, aber er läßt uns, offen gestanden, sehr kalt. Die Angriffe auf die Börse sind die einzige Zukunft aller Spiel- und Kleinbürger, welche die heutige Gesellschaft der Ausbeutung beibehalten, aber gerne ihre Konsequenzen aus der Welt schaffen möchten, was natürlich eine Donquixoterie ist. Für uns aber, die wir das Uebel an der Wurzel androtten wollen, für uns hat der eine Auswuchs nur ein untergeordnetes Interesse. Fällt die kapitalistische Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, dann ist es mit Börse und Börsenschwindel ohnedien Mathai am Leben.

Weil wir gerade bei dem Herrn Hammerstein sind, so wollen wir noch eine Stelle aus seiner Rede zitieren, in welcher der Tölpel recht lebenswürdig aus der Schale schwappte. In einer Philippika gegen die Volkspartei plägte er folgendermaßen los:

„Die Arme ist ihnen zu erklaffen; Gott sei Dank, gegen demokratische Tendenzen ist sie unempfindlich. Die Herren wollen die zweiwährige Dienstzeit, wir aber glauben, daß nur eine dreiwährige Schulung den krammen Geist erzeugen soll, den die Arme nicht nur gegen die Feinde nach Außen, sondern auch nach Innen braucht.“

Offenherziger kann man in der That den Beruf unseres „herrlichen Kriegshelden“ nicht konstatieren. Wir wollen uns das Wort merken. Uebrigens war Herr Hammerstein nicht die einzige komische Person in der Debatte um das Tabakmonopol. Auch die andere Seite hatte ihren unheimlichen Komiker. Als Hammerstein der Unten präsentirte sich der biedere Schwabe Karl Mayer von Ehingen. Dieser große „Demokrat“ leistete im Verlaufe seiner satzungsvollen Rede unter anderem folgende Blüthen (wir zitieren nach seinem Parteiorgan, der „Frankf. Zig.“):

— Die Deutschen waren ein Volk von Stämmen, seit sie in der Geschichte austraten, und werden ein solches bleiben, wie weit sie auch über die Welttheile sich ausbreiten und wie lange sie durch die Jahrtausende gehen.“

— Hier im deutschen Parlament darf ich wohl den Staatsmännern der Reichsregierung zurufen: lassen Sie sich begnügen an der Form! und an dem Grad und Maß der Einheit, welche Sie erreicht haben und welche Niemand (!) mehr ansieht. Sie hat die zwei Säulen, welche sie braucht: ein Recht, ein Herr, eine Ordnung und Lehre, eine Weisheit, eine Fohne, ein Befehl.“

— Es gibt Tage für die Parlamente, wo sie auf weit hinaus der Völker Schicksale in der Hand haben. Ein solcher Tag ist heute. Die Nacht verbleibe dem Reichsgenier, die Allmacht müssen wir ihm verweigern.“

Und dieser Mann gilt in Deutschland als Staatsgefährlich!

Die Vorlage wurde einer Kommission zur Durchberathung übergeben. Von unseren Abgeordneten stimmt ein Theil für die Kommission; aus welchem Grunde haben unsere Leser aus der vorigen Nummer des „Sozialdemokrat“ ersehen. Gegen die Kommission stimmten unseres Wissens Grillenberger, Kayser, Kräder und Bollmar, angesichtslich in der von Bollmar in seiner Rede zum Ausdruck gebrachten Ueberzeugung, daß es ein richtiger ist, das Tabakmonopol kurzer Hand zurückzuweisen.

Paragraph 131 spukt noch immer in Deutschland herum und wird wohl auch noch lange herumspuken. Als unsere Ordnungsleute sich von der traurigen Thatsache überzeugt hatten, daß das Sozialistengesetz die Sozialdemokratie nicht todt gemacht, sondern im Gegentheil sie gefräßigt hatte, da verfielen sie in ihrer Noth auf den § 131. § 131 sollte Staat und Gesellschaft retten; § 131 sollte die böse sozialdemokratische Brut mit Stumpf und Stiel ausrotten. Der bekannte Vollenbruch von § 131-Prozessen erfolgte und war besonders heftig im „gemüthlichen“ Sachsen. Was da von Staatsanwälten und Richtern geistert worden ist, haben unsere Leser in frischem Gedächtniß. Geradezu niederträchtige Urtheile wurden namentlich in Dresden im Anfang dieses Jahres gefällt. Indeß allzuhart schneidet nicht — das behält sich auch hier. Die beabsichtigte Wirkung blieb aus. Die Sozialdemokratie ließ sich nicht einschüchtern oder gar todt machen; das schmachvoll Ungerechte der Erkenntnisse brachte einen Umwidmung in der öffentlichen Stimmung hervor — und die Herren Ordnungsleute haben den Rückzug antreten müssen. Das Urtheil in dem Prozeß gegen Viehkuh signalisierte die Umkehr. Wenn in diesem Prozeß mit gleichem Maße gemessen worden wäre, wie in dem Prozeß gegen Geher, dann hätte Viehkuh, der außer auf § 131 noch auf ein halb Duzend anderer Paragraphen angeklagt war, mindestens drei Jahre empfangen müssen.

Die hier der § 131 schon halb und halb aufgegeben und eigentlich bloß noch pro forma aufrechterhalten worden war, so wurde er am 10. d. d. vom Zwickauer Landgericht vollständig bei Seite geworfen.

Es handelte sich wieder um ein Wahlflugblatt, und zwar das für den 17. sächsischen Reichstagswahlkreis (Blanchau-Meerane). Der Angeklagte Max Beeßler, Ausgewiesener aus Lindenberg bei Leipzig hatte dasselbe verfaßt und mitunterzeichnet. In dem Flugblatt, welches u. A. ein Reserat der Rede Kues's über den Verleugungszustand gab, hieß es:

„Die hier der § 131 schon halb und halb aufgegeben und eigentlich bloß noch pro forma aufrechterhalten worden war, so wurde er am 10. d. d. vom Zwickauer Landgericht vollständig bei Seite geworfen.“

„Das famose Oktobergesetz, welches Hunderttausende deutscher Staatsbürger in den Zustand der Rechtlosigkeit gebracht hat.“

Dieser Passus sollte einen Verstoß gegen § 131 bilden. Denn, so argumentiert die Anklage, das „Oktobergesetz“ ist in aller Form Reichsgesetz, es ist Reichsgesetz, und wurden die Sozialdemokraten von diesem Gesetze betroffen, auf Grund dieses Gesetzes ausgewiesen, eingesperrt und durchsucht, schikaniert, maltreatiert, so geschieht das Alles von Rechts wegen und von „Rechtlosigkeit“ der Sozialdemokratie kann ebensowenig die Rede sein, als von der „Rechtlosigkeit“ eines gemeinen Verbrechens, der wegen eines Diebstahls, Raubs u. s. w. seiner Freiheit beraubt wird.

Der Herr Staatsanwalt, der die Anklage ausgearbeitet hat, unterschlägt dabei nur die sehr wesentlichen Unterschiede, daß der Spießhütten auf Grund eines Gesetzes verurteilt wird, welches für alle Staatsbürger gleichmäßig gilt: die Grundbedingung des Rechts! und daß die Sozialdemokraten schikaniert, maltreatiert, erlitten, ruziniert werden auf Grund eines Gesetzes, das nur für Sozialdemokraten gilt, dessen einziger Zweck es gerade ist, die Sozialdemokratie außerhalb des gemeinen Rechts zu stellen und in den Zustand der Rechtlosigkeit zu versetzen.

Zwischen Gesetz und Recht ist eben ein großer Unterschied. Zu allen Zeiten haben die Gewalttöler und herrschenden Klassen sich in den Mantel des Gesetzes geschlüßt und die Rechte des Volkes durch Gesetze zu unterdrücken, durch Gesetze den Zustand der Rechtlosigkeit herbeizuführen gesucht.

Wird man etwa behaupten wollen, die Heloten in Sparta, die Sklaven des Altertums und die Leibeigenen des Mittelalters, die Christen des römischen Reiches, die Knechte vor und während der Reformationszeit, seien im Besitze ihrer Rechte gewesen, hätten sich nicht im Zustand der Rechtlosigkeit befunden? Und doch wurden sie genau nach dem Gesetz behandelt, und auf Grund des Gesetzes geprügelt, geköpft, gepfählt, verbrannt.

Genug. Die Zwidauer Richter wagten sich nicht auf dieses bedenkliche Feld, aber — sie sprachen Preisler frei. Er habe, so nimmt das Erkenntnis an, nicht wider besseres Wissen falsche Thatsachen behauptet, nicht die Absicht gehabt, Staatsanrichtungen zu schwächen, — seine einzige Absicht sei gewesen, die Zwecke der Wahl zu fördern.

Es fällt uns nicht ein, richterlichen Erkenntnissen eine allzuhohle Bedeutung beizulegen; indes diese Motivierung ist doch von einer gewissen Wichtigkeit und Tragweite. Man muß bedenken, wie die sächsischen und auch andere Richter sich bisher durch ein gemeines sophistisches Kunststückchen über das „wider besseres Wissen“ (oder genauer: „wissend, daß erwidert oder entfällt“) hinweggesetzt hatten. Mit dieser sächsischen Richtertradition haben nun die Zwidauer Richter gebrochen.

Zweifellos werden in den noch ausstehenden § 131-Prozessen von anderen Gerichten auch wieder andere Entscheidungen gefällt werden, es ist aber immerhin erwähnenswert, daß sich in Sachsen Richter gefunden haben, die gegen den Unfug der bisherigen landesüblichen Richterpraxis protestieren.

— Mit welcher fabelhaften Geschwindigkeit die Konzentration des Kapitals in den Vereinigten Staaten von Amerika vor sich geht, zeigt eine vor Kurzem in englischen Blättern veröffentlichte Statistik. Nach derselben ist der Reichtum unter den Reichen Herr Vanderbilt in New-York. Dieser Eisenbahn-, Land-, Schloß- u. Baron wird auf gegen 300 Millionen Dollars (1 Dollar = 4 Mark 25 Pfennige) Vermögen — „Worth“, sagt der Amerikaner — geschätzt. Er besitzt 65 Millionen Dollars in Vereinigten Staaten-Anleihen (Bonds), 50 Millionen Aktien der New-York-Central- und Hudson-River-Eisenbahn, sowie 50 Millionen Aktien anderer Eisenbahn-Gesellschaften. Ferner einen kolossalen Grundbesitz sowohl in New-York als auch im Innern des Landes. Herr Vanderbilt, folgen die Blätter bewundernd hinzu, kann verschiedene Rothschild's ankaufen und bleibt doch immer noch der reichste Mann der Welt.

Und dieses kolossale Vermögen hat die Familie Vanderbilt in jenen 30 Jahren zusammenge-spart! Der Fall, schreibt die „Whitohall Review“, steht ohne Gleichen da in der Geschichte. Wie glaubens auch. Nach Vanderbilt folgen in der Liste der Geldbesitzer:

Jay Gould, gleichfalls berühmter Eisenbahngewinn, 100 Millionen Dollars; Mackay, der Silberminenbesitzer, Mäcker der Agitation für die „vertragmäßige Doppelkürzung“, 50 Millionen; Crocker 50 Millionen; John Rockefeller, Petroleumritter — aber kein Petroleum — 40 Millionen; C. B. Huntington 30 Millionen; D. C. Mills 20 Millionen; Senator Fair 20 Millionen; Ex-Gouverneur Stanford 10 Millionen; Russel Sage 15 Millionen; J. R. Keene 15 Millionen; S. J. Tilden 15 Millionen; C. D. Morgan 10 Millionen; Samuel Sloan 10 Millionen; Garrison 10 Millionen; Cyrus W. Field 10 Millionen; Hugh J. Jewett 5 Millionen; Sidney Dillon 5 Millionen; David Dowd 5 Millionen; J. D. Navarro 5 Millionen; John W. Garrett 5 Millionen; W. B. Aker 5 Millionen.

Soweit die Liste, die indes durchaus nicht erschöpfend ist. Die Zahl der amerikanischen Geldbesitzer ist noch weit größer. Und diese fabelhafte Reichtums-Akkumulation wird durch die enorme Einwanderung in Amerika noch von Tag zu Tag gesteigert. Denn direkt und indirekt kommt dieselbe in erster Linie den Kapitalmagnaten zu Gute. Direkt, indem sie die Ursache einer rapiden Steigerung der Bodenpreise ist, indirekt, indem die Mehrzahl der Einwanderer den Lebensstandard der amerikanischen Arbeiter herabdrückt. Schon jetzt finden wir in den zahllosen Streikberichten, welche unsere amerikanischen Bruderorgane melden, einen immer größeren Prozentsatz von Streiks zur Abwehr von Lohnreduktionen, und die meisten auf Lohnherabsetzung abzielenden Streiks sind im Grunde auch nichts anderes, denn sie sind entweder hervorgerufen durch die enorme Steigerung der Preise oder durch das Ausbleiben der sonst im Frühjahr üblichen Lohnerhöhungen.

Auf diese Weise trägt der Auswandererstrom, den Europa jetzt jährlich nach Amerika entsendet, nur dazu bei, die kapitalistische Wirtschaft mit all' ihren Folgen auf die Spitze zu treiben, so daß über kurz oder lang ein kolossaler Krawall drüben unvermeidlich wird. Dann wird der Auswandererstrom stoden oder vielleicht gar seinen Lauf zurücknehmen, d. h. der Moment gekommen sein, wo der europäische, speziell der deutsche Arbeiter vor der Alternative steht: Hungertod oder Revolution! Steht oder die Alternative einmal so, dann aber — Ihr Glückspilze des heiligen preussisch-deutschen Kaiserreichs!

Und der Moment ist näher als es die Weichen sich träumen lassen. — Schon hält es für die Einwanderer drüben schwer, Arbeit zu finden, immer deutlicher zeigen sich die Vorboden der nahenden Geschäftskrisis, ein nach so geringfügiger Anlauf im entscheidenden Moment genügt, und — der Krawall ist da!

Darum, so sehr wir auch mit der „New-Yorker Volkszeitung“ die Auswanderung aus Deutschland bedauern, so sehr wir überzeugt sind, daß dieselbe zunächst eine wesentliche Verschlechterung der Lage der amerikanischen Arbeiter im Gefolge haben wird, und so sehr wir ferner mit ihr wünschen, daß die deutschen Arbeiter ihr ganzes Augenmerk ausschließlich auf die Verbesserung ihrer Lage in Deutschland richteten, so können wir ihren Pessimismus doch nicht theilen. Wir müssen eben mit den Verhältnissen rechnen, und da dieselben, Dank der Kürzungsliste und Habgier unserer Gegner, eine Entwicklung im wirklich reformatorischen Sinne immer mehr ausschließen, unsere Aufgabe darin finden, die Weichen, allen Angstmietern zum Trost, vorzubereiten auf den revolutionären Gang der Ereignisse.

Für den Konflikt: Mißverhältnisse Konzentration des Kapitals einerseits

und wachsendes Massenelend andererseits, gibt es nur eine Lösung: die soziale Revolution!

— Der permanente Nord. Zweihundertsechzig Proletarier sind wiederum erschlagen worden, erschlagen im Dienste des Kapitals, auf dem Schlachtfelde der Industrie. Auf der Höhe Pluto bei Waune haben schlagende Wetter eine furchterliche Explosion zur Folge gehabt, der 23 Bergleute unmittelbar zum Opfer fielen, weitere 39 erlitten infolge des Einathmens der giftigen Gase, theils sofort, theils bald nach stattgehabter Beförderung an die Erdoberfläche. Ein Theil der Letzteren wäre noch zu retten gewesen, wenn ärztliche Hilfe zur Zeit beschafft worden wäre. Aber trotzdem blühen 15 Minuten aus dem nächstgelegenen Orten (Gelsenkirchen u. c.) Kerze genug hätten beschafft werden können, ließ man die Bergungsläden doch fünf Stunden ohne Hilfe!

Die Presse ist natürlich eifrig bei der Hand gewesen, die Grubenverwaltung von jeder Verantwortung freizusprechen. Die Fische Pluto sei eine der bestverwalteten, ein wahres Muster von Sorgfalt. Nur der böse Kohlenkauf sei Schuld, daß die Explosion so entsetzliche Folgen gehabt habe. Daß man aber bei guter Ventilation die bekannte Gefährlichkeit des Kohlenstaubes erheblich mildern, ja nahezu vollständig aufheben kann, wird wohlweislich ignoriert. Einige Blätter waren sogar insam genug, ohne jeden Anhaltspunkt die Arbeiter zu verdächtigen, als habe einer von ihnen durch Desinen der Lampe seinen und seiner Genossen Tod verschuldet.

Beim Begräbnis der Opfer der kapitalistischen Ausbeutung werden natürlich wieder die Pfaffen von „Gottes „unerforschlichen“ Rathschluß“ und ähulichen Ciampopeia geschwafelt haben. Und daß die Kameraden der Gefallenen sich noch immer damit einlassen, das ist fast noch trauriger als der entsetzliche Tod ihrer Brüder.

— Ein kluges Amtsgericht. Wir haben bis jetzt noch nie Anlaß gehabt, deutsche Gerichte zu loben. Heute aber müssen wir eine Ausnahme machen. Das Amtsgericht zu Minden in Westfalen hat in einem Prozeß gegen den Bäcker Heitmann, welcher einen Kandidaten Namens Edelherr mit „Herr Gerichtsrath“ angeredet, und deshalb wegen Beleidigung von dem Edelherr verklagt worden war, die Ausrufe: „Herr Gerichtsrath“ als eine Beleidigung erkannt, und den Bäcker Heitmann in eine Geldstrafe verurtheilt. Der Titel „Gerichtsrath“ ist also ein Schimpfwort, wie ein deutsches Gericht festgestellt hat. Angesichts der Schandthaten, welche deutsche Gerichtshöfe, das Reichsgericht an der Spitze, in den letzten Jahren gegen die Sozialdemokratie verübt haben, müssen wir dem Mindener Amtsgericht unsere vollste Billigung und Zustimmung aussprechen, und finden es ganz gerechtfertigt, daß der Kandidat Edelherr den Titel: Gerichtsrath als eine schwere Beleidigung ansah. Er hat gezeigt, daß es auch außerhalb der Reihen unserer Partei in Deutschland noch Leute gibt, die Ehrgefühl haben. Oder sollte Herr Edelherr etwa ein Sozialdemokrat sein?

Beiläufig: Wenn die Bezeichnung „Herr Gerichtsrath“ als Beleidigung mit einer Geldstrafe bestraft wird, welche Strafe muß dann auf die Bezeichnung Herr Reichsgerichtsrath gesetzt werden?

— Der einäugige Wolff ist am 11. Mai hinter doppelt verschlossenen Thüren — selbst die anwesenden Referendare mußten den Saal verlassen — wegen Erpressung in einem Jahr Gefängnis und einem Jahr Ehrverlust verurtheilt worden. Als einziger Belästigungszuge figurirte der berühmte Polizeirath Krüger. Wolff hatte diesem seine „Memoiren“ zum Verkauf angeboten und zwar das läbliche Stämmchen von 20,000 Mark verlangt. „Worth“ müssen sie es übrigens gewesen sein, denn soviel wurde festgestellt, daß Wolff von Krüger bereits 1000 Mark bar und weitere Versprechungen erhalten hatte. Der Gerichtshof hat ferner auf „Bernichtung“ der Wolff'schen „Memoiren“ erkannt.

Um welche Zusammen der preussischen Polizei muß dieser Mensch gemüht haben!

Und sicherlich wird nicht nur Herr Rabal froh sein, daß Wolff seine Drohung, die Memoiren zu veröffentlichen, vorläufig nicht ausführen kann! Auch die „Bestimmungsgenossen“ des Herrn Wolff werden froh sein, daß ihr guter Freund hinter Schloß und Riegel sitzt!

— „Hurrah vier Könige!“ telegraphirte Wilhelm zurück, als er die Nachricht von der Geburt seines Urarabens erhielt. Wir möchten die Versicherungsgesellschaft sehen, welche die Kronen der „vier Könige“, von der des Urgroßpapa's bis herunter zu der uralten (letztere etwa 1890 anno domini) versichert! Was man anno domini 1900 wohl von den Hohenzollern in den Schulbüchern lesen wird?

— Der „Tr. Sig.“ wird aus Konstanz geschrieben: „Ein echt christlich-freigeistiges Richterthum waltet in unserem „Eborado des Stromererschwindels“ seit länger als Ende März d. J. in einem besonders interessanten „politischen Rechtsfalle“:

„Auf Denunziation eines kaum 16jährigen Burschen, welcher kleiner Diebereien und besonderer Verlogenheit gerichtlich wiederholt überführt ist, wurde nämlich hier der Magaziniere des Engroskaufes Müller u. Schützweg, ein gewisser E. Weber, Riff, arbeitsam und durchaus unbeholfen, plötzlich vor ca. neun Wochen von der Arbeit weg verhaftet, weil er im Verdacht der Verbreitung sozialistischer Schriften leben — soll.“

„Der Mann erkrankte nun während der Untersuchungszeit, da er die Gefängnisflucht nicht ertragen kann, weshalb sein Prinzipal wiederholt Freilassung gegen Bürgschaft beantragte. Weber hat außerdem eine schwangere Frau und drei Kinder, die er als ausgezeichneter Bediensteter ganz wohl ernährte und ist im Geschäfte schwer zu entbehren. Fluchtverdacht liegt nicht vor, als einziger „Komplize“ figurirt der 16jährige Denunziant. Tragedien wird Weber Kangel's genügender Beweise fortgesetzt, loszulassen auf Geständnis in Haft behalten, krank und außer Stande, Beweise zu seiner gänzlichen Entlassung herbeizuschaffen.“

„Weib und Kinder mögen indes sehen, woher Brod und Nichte kommen, bis die kaiserliche Staatsanwaltschaft und der Herr Untersuchungsrichter zu dem klaren Bewußtsein ihrer offenbar bodenlosen juristischen Unfähigkeit gelangt sein werden. Dem Prinzipale des Weber soll die Staatsanwaltschaft erklärt haben: „Ein verstand barter Kopf, wir haben zwar Beweise, doch er ist, aber — er geht nicht, deshalb kann er nicht entlassen werden.“ Beweise seit nahezu zehn Wochen und dennoch kein Gerichtstag, das ist sein!

„Die totale Unfähigkeit eines im Kulturkampf durch und durch korrupten richterlichen Streberthums muß solche Willkür treiben. Notorische Weiber schlammiger Art, wie der liberale Erbgründer Strohmeyer, pflegen indes im Schutze allerhöchster Farmer Überführt und unbestraft ihren freibornen Erwerb, worüber ich demnach eingehend interessanteres berichten werde. In politischer Verleumdung verurtheilt diese gedrückten Rechtsanwärtler indessen selbst ihre eigenen Parteigänger. Weber soll nämlich ein eifriger und treuer Anhänger von Kaiser und Reich gewesen sein. Wie lange noch!“

Diese Schilderung aus sozialer Feder spricht für sich selbst. Wir haben bloß unser „Amen!“ hinzuzufügen.

— Aus Großenbain schreibt uns ein Genosse: Unsere Wahlansichten sind sehr günstige. Die Konservativen, welche bisher den Kreis beherrschten, haben sich gespalten und stellen zwei Kandidaten auf, einen Finanzrath a. D. Namens Schjäder, und einen Rittergutsbesitzer Namens Riosper. Kandidat der Fortschrittler ist Panneister Kämpfer aus Weip, für den sie viel agitiren, wodurch aber nur ein 22. s. Gelegenheit gegeben wird hervorzutreten. Der Wahltag ist auf den 22. s. festgelegt. Vor-

ausichtlich gibt es eine Stichwahl, in die entweder ein Konservativer oder der Fortschrittler mit unserem Geheer kommt, und in der wir die beste Hoffnung haben, zu siegen.

Sobald erfahren ist, daß unser Herr Amtshauptmann auf Grund des Sozialistengesetzes alle Geldsammlungen für Wahlzwecke verboten hat. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts ist nun zwar ein solch generelles (allgemeines) Verbot unzulässig und ungesetzlich, allein was nützt uns das! Wer dem amtshauptmannischen Unas zumiderhandelt, wird trotzdem bestraft, und das von Rechtswegen; und falls wir es der Mühe werth hielten, an eine höhere Instanz zu gehen, würde die Aufhebung doch zu spät kommen — das heißt, wenn die Wahl vorüber ist. Das sind die schauderhaften Zustände, wie sie das Sozialistengesetz geschaffen hat. — Daß der Herr Amtshauptmann die Teilnahme an einer Reichstagswahl für ein unzulässiges Beginnen im Sinne des Sozialistengesetzes erklärt, ist um so interessanter, als dieser Herr selber nach Kräften für dieses unzulässige Beginnen agitirt — freilich im Interesse eines konservativen Kandidaten.

— Oesterreich. Wie der „Kulturkain“ Oesterreich den slavischen Bergvölkern „Zivilisation“ beibringt. Während die österreichischen Blätter nur von den Gräueltaten der Aufständischen und den Verdiensten der eigenen Truppen zu erzählen wissen, nimmt sich in Wahrheit die Sache oft anders aus. Ein serbischer Genosse schreibt uns über die Zustände auf dem Kriegsschauplatz:

„Am 17. d. April ist der vierte konzentrische Angriff der Oesterreicher heftig abgewiesen worden. Die Kriechschlangen trieben die österreichischen Truppen bis zu den Festungen Dvoritschko und Zvolna zurück. Die Oesterreicher haben vandallisch Häuser und Kirchen zerstört.“

Aus Plevlje schreibt man der „Samouprava“: „Die Oesterreicher griffen die Insurgenten (Herzoginier) am Berge Jubitische an. Als diese sahen, welcher Uebermacht sie gegenüberstanden, zogen sie sich zurück. Die Oesterreicher aber feuerten mit Geschw und Kanonen rücksichtslos auf die auf der Flucht begriffenen Weibchen, auf Greise, Frauen und Kinder, von denen viele der Rachsucht der Kulturträger zum Opfer fielen.“

„Die stüchenden Insurgenten wandten sich der montenegrinischen Grenze zu. Während sie dorthin über den Fluß Tara übersehen wollten, wurde unangekündigt auf sie geschossen, so daß ihrer 56 ertranken. Der Montenegro Hauptmann Jivka, der die Gräueltaten mitanzah, trat dann über die Grenze und machte dem weiteren Gemehel Halt. Gleichzeitig mit ihm nabte sich der türkische Pascha Rahmat Bajrowits, und Beide retteten verschiedene noch am Leben befindliche Herzoginier von der Grausamkeit der verhetzten österreichischen Soldaten. Jivka selbst sah zwei Kinder an einem Baume aufgehängt.“

„Ein Bauer, welcher den Oesterreichern in die Hände fiel und von ihnen für einen Insurgenten gehalten wurde, ist auf furchterliche Weise von ihnen lebendig verbrannt worden.“

„Aus dem Bericht der Aufständischen geht hervor, daß die Oesterreicher sieben Dörfer mit 524 Häusern niedergebrannt und dabei 203 Frauen, Kinder und Greise ermordet haben.“

„56 österreichische Soldaten, welche die Aufständischen gefangen genommen haben, sind von ihnen, ohne daß ihnen der geringste Schaden zugefügt worden wäre, wieder freigelassen worden.“

Soweit der uns zugegangene Bericht. Mag er auch im Ganzen die Sache etwas einseitig darstellen, so ist doch so viel sicher, daß die Oesterreicher gegen die unglücklichen Völker, welche so heidenmüthig für ihre Unabhängigkeit kämpfen, mit rücksichtsloser Brutalität vorgehen, daß die Soldaten bis zur Verherrlichung aufgehetzt werden und daß die österreichischen Berichte vom Kriegsschauplatz nicht viel mehr Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben, als das berühmte Wort: „Alles ist gerettet!“

— Der Wiener Ringtheater-Prozeß geht nun endlich zu Ende. Welch ein Bild verrotteter und verbludelter Polizei- und Bürokratenwirtschaft hat er zu Tage gefördert! Knechtliche Unterwürfigkeit der niederen Polizei- und Sicherheitsorgane nach oben hin, bodenlose Unfähigkeit oben. Das ist die alte infame Protektionenwirtschaft, wie sie in Oesterreich — und auch anderswo — traditionell ist. Das soll aber nicht in schändlichster Weise geknebelt und bei jeder Gelegenheit brutal daran gemahnt, daß es absolut kein Recht hat, in Oesterreich, dem Rechts- und Verfassungsstaat.

In ganzen Distrikten Böhmens herrscht entsetzlicher Nothstand, die Weber in Aich und an der ganzen Nordgrenze hin sind dem Hungertode nahe, die Bergweitung unter ihnen ist so groß, daß die Regierung selbst „Unruhen fürchtet“. Und was ist das Heilmittel? Soldaten, und immer wieder Soldaten!

Wird denn nicht endlich einmal ein reinigender Blis hinabfahren in die stickige Atmosphäre, welche sich im Lande der Habsburger angehäuft hat? Zeit wär's!

— Serbien. „König“ Milan erlebt nicht viel Freude an seinem Volke. Auf seiner Rundreise behauptet Wahlumbag ist er an verschiedenen Orten mit sehr unanster „Begeisterung“ empfangen worden, an anderen hat er es vorgezogen, sich der Liebesbegegnungen seines Volkes gar nicht erst anzusehen, sondern machte vor der Stadt kehrtum.

In Belgrad sieht er, um die Opposition zu verhöhnen, das bekannte Schmähsstück „Rabagat“ aufführen. Das Volk und die Studenten aber verhalten keinen Spott, sondern machten, als die Aufführungen auf der Bühne zu deutlich wurden, dem Ding ein Ende, der Ruf: „Es lebe die Republik!“ brauste durch den Saal, und Milan mußte missammt seiner feierlichen Königwürde aus dem Theater nach Hause flüchten. Diesen rohen Naturvölkern fehlt in der That auch jedes Verständnis für das „höhere“ Gottesgnadenthum.

— Irland. Zwei Tage bevor das Attentat in Dublin „ganz Europa“ in Entsetzen und Entrüstung versetzte, hat im Südlichen Ballina in der Grafschaft Mayo ein unverschämter englischer Polizeichef Wall bei einem entsetzlichen Illumination zur Zeit der Freilassung der Führer der Landliga entstandenen Tumult ohne Weiteres auf das Volk geschrien lassen — fünf Kinder und zwei Erwachsene fielen dem Uebermuth des rohen Patrons zum Opfer. Das „gebildete“ Europa findet das ganz in der Ordnung.

Das in unserem Vortartikel gekennzeichnete Unterdrückungsgesetz gibt der englischen Regierung das Recht, in unruhigen Distrikten besondere Gerichtshöfe einzusetzen, die ohne Zuziehung von Geschwornen ihre Urtheile fällen können. Auch der Polizei werden weitgehendere Befugnisse, als sie bisher hatte, erteilt. Um der Thätigkeit der amerikanischen Feinde in Irland ein Ziel zu setzen, kann sie die Ausweisung von Ausländern, von denen die öffentliche Ruhe gefährdet wird, vornehmen. Dem Helden von Irland sind ebenfalls die weitgehendsten Vollmachten in Bezug auf die Unterdrückung geheimer Gesellschaften und „aufreizender“ Journale übertragen worden.

Wie man sieht, eine Kriegserklärung in besserer Form. Es fehlt nur noch ein Schritt bis zur Proklamierung des Ständerechts. Bei der ersten Beratung dieser Unterdrückungsbill haben nur die anwesenden Irländer dagegen gestimmt, indem sie dem Parlament prieten, daß es auch die Verantwortung für die Folgen derselben werde zu tragen haben. Die Vertreter der Trades-Unionisten, die Herren Burt und Broadburr, scheinen sich füge ergeben, wenn nicht gar für die Bill gestimmt zu haben, die, wie jede Verstrahlfurerei, von Herrn Harcourt vertreten wurde.

— Amerika. Aus Scranton (Pennsylvanien) wird uns geschrieben: „Es wird vielleicht für viele Leser des „Sozialdemokrat“ von Interesse sein, etwas über die Verhältnisse in Amerika zu lesen, namentlich da Viele eine ganz falsche Auffassung über dieselben hegen und

glauben, daß die Zustände hier viel besser seien als in Deutschland. Thatsache ist, daß hier verschiedene Freiheiten, als da sind: Vereins- und Versammlungs-, Press- und Redefreiheit und dergleichen bestehen; daß aber diese Freiheiten durch die soziale Abhängigkeit des Einzelnen und der Arbeiter im Allgemeinen teilweise aufgehoben werden, ist ebenfalls Thatsache. Dabei versteht es das Volk nicht einmal, die bestehenden Freiheiten zu benutzen, denn in derselben Weise wie es frei sein könnte, bindet es sich selbst das Joch auf den eigenen Nacken, indem es sich ein Kirchenregiment schafft, das aller Befreiung spottet. Religionssecten gibt es hier in so großer Anzahl, daß man kaum alle ausfindig machen kann; die größte Anzahl Derjenigen, welche die Vereins- und Versammlungsfreiheit benutzen, reduziert sich auf religiöse Körperschaften. Es mag wohl die Verschiedenheit der Nationalitäten viel dazu beitragen, aber auch die deutschamerikanische Bevölkerung ist sehr stark und ich möchte sagen — zum weitaus größten Teil dabei vertreten. Da Kirche und Religion hier in keinem Verhältnis zum Staate stehen, so muß Jeder, der einer Kirche beiträgt, eine ansehnliche Summe jährlich zur Erhaltung des Priesters, sowie der kirchlichen Angelegenheiten im Allgemeinen beisteuern, dazu zählt eine Stadt von nicht ganz 50,000 Einwohnern über 40 Kirchen und Bethäuser.

Daß der Schulbesuch hier viel zu wünschen übrig läßt, erhellt wohl ziemlich aus dem Vorhergehenden, denn eine gebildete Bevölkerung hat weniger Neigung zur Religion, wie eine mangelhafte oder gar nicht gebildete. Ein Schulbesuch besteht hier in Pennsylvanien nicht, und die ziemlich gut eingerichteten Schulen mit freiem Unterricht werden von einer großen Zahl Arbeiterkinder wenig oder gar nicht besucht. Wo aber von einem Schulbesuch überhaupt noch die Rede sein kann, da hört dieser mit dem 11. oder 12. Lebensjahre schon auf. Da nun die richtige Entwicklung eines Kindes erst mit diesem Alter beginnt, so läßt der vorübergehende Besuch der Schulen in Bezug auf Kenntnisse keine großen Erfolge zu. Wenn man nun der Sache etwas näher ans den Grund geht, so findet man leicht heraus, weshalb so wenig Wert auf den Besuch der Schulen gelegt wird. Die meisten Eltern hier im Lande haben das Bedürfnis, ihre Kinder so früh wie möglich zur Arbeit zu verwenden, und da von Rechtswegen oder von Seiten des Gesetzes diesem Bedürfnisse nichts im Wege steht, so machen die Eltern, die keine Idee von den wirtschaftlichen Gesetzen haben, von dieser vermeintlichen Vergünstigung den größtmöglichen Gebrauch. Mädchen von 6-7 Jahren werden schon in Fabriken und Knaben von 8-9 Jahren schon in Kohlenbergwerken beschäftigt. Daß dies aber nicht für die Eltern, sondern für die Fabrik- und Werkbesitzer ein Vortheil ist, indem die Kinder ihren eigenen Vätern Konkurrenz machen, daran wird im Entferntesten nicht gedacht. Hier kommt noch in Betracht, daß die Kinder die volle Arbeitszeit wie Erwachsene beschäftigt werden. Dabei besteht kein Schutz für Leben und Gesundheit, Jeder ist angewiesen auf sich selbst zu achten, und man muß hier die traurige Wahrnehmung machen, daß Kinder sowohl wie Erwachsene mit verfallenen Gliedmaßen umherlaufen, wofür ihnen kein Mensch die Verantwortung abnimmt. Mit einem Worte, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist hier in einem Maße vorhanden, wie in keinem anderen Lande.

Dabei wage es aber Keiner, die bestehenden Verhältnisse mittels der bestehenden Rede- und Pressfreiheit anzugreifen, er würde zwar nicht ausgewiesen wie in Deutschland, aber viel besser ginge es ihm auch nicht. Da die ganzen Kompagnien eine Bruderschaft sind, so würde es Demjenigen, der sich einen solchen Eingriff in die „Freiheiten“ erlaubt, unmöglich gemacht, in der Stadt wieder Arbeit zu bekommen, und er müßte wandern wie die deutschen Ausgewiesenen, denn die Kompagnien haben ihre Schweigebünde ebenso wie die deutsche Polizei, und dieselben sind auch ebenso streng. Ich könnte bezüglich der amerikanischen „Freiheiten“ noch sehr, sehr viel schreiben, indes das nächste Mal mehr. Mit sozialdemokratischem Gruß!

Scranton, im März 1882.

Rotbard.

## Korrespondenzen.

— **Erfurt**, 24. April. Der Geburtstag des deutschen Kaisers von Gottes Gnaden, Karlitätsprinzip genannt, wurde, wie überall, so auch hier in eklektischer Weise gefeiert, und daß es nicht an den gemeinsten Schandthaten gefehlt hat, mögen folgende Thatsachen beweisen. Am Abend des 20. März geht ein älterer Mann durch die große Arche am Gasthaus zum deutschen Kaiser vorüber, und als ihm die Illumination und die sonstigen Dekorationen auffallen, so sagt er hörbar: Was ist denn das für ein Schand? Ein nachstehender Offizier hörte die Worte, sieht blank und schlägt mit dem Säbel decimale über den Kopf des Betroffenen, daß der bejahrte Mann blutend zusammensinkt; während der Zeit kommen einige Soldaten aus dem Lokal, die von diesem Vorgang nichts gehört noch gesehen hatten, der Offizier aber ruft ihnen zu: Ihr habt's gehört, was der gesagt hat! Und die Soldaten antworten pflichtschuldig: Jawohl, Herr Offizier! Darauf wurde der Mann arretiert und zur Hauptwache geschleppt. Schade, daß nicht Männer des Volkes zugegen waren, die dem rohen Söldner den verdienten Lohn bezahlt hätten!

Auf der Johanniskirche sammelten ein paar Soldaten betrunken daher, daß sie kommen können; mehrere Knaben machen sich hierüber lustig, sofort gehen die Vaterlandsverteidiger mit blanken Säbeln auf die Knaben los, und wenn die Knaben nicht tüchtig laufen konnten, so hätten wir hier ein Zeitwunder zur Affäre Werner gehabt.

Auf der bei Erfurt gelegenen Saline wurden zwei Arbeiter beauftragt, in Ehren des deutschen Kaisers die Fahne anzufestigen, wobei der eine herunterstürzte und nach wenigen Stunden verschied. Derselbe war Vater von fünf Kindern.

Wer wagt es noch, Deutschland als einen zivilisierten Staat einzustellen? Wie bei einem Regier- oder Indianerische Menschentum gepflegt werden, so werden bei uns Menschen gemordet!

Aber über solche Schandthaten schweigt die konservative, liberale, ultramontane, fortschrittliche und republikanische Presse einmütig, und darum soll es durch den „Sozialdemokrat“ in die Öffentlichkeit dringen und zur Aufklärung des gemeinsamen unterdrückten Volkes beitragen, damit der Tag der Erlösung nicht mehr lange auf sich warten läßt.

Ein echter Rother.

— **Halle a. S.** Wie die Ausbeuter Leben und Gesundheit der Arbeiter preisgeben. Den Lesern dieses Blattes wird wohl der Bericht über den Tod des aus Leipzig und Berlin ausgewiesenen Formes (Klaus) noch erinnerlich sein. Klaus war in der Deutsches Eisenwerk und Armaturenfabrik in Halle in Arbeit getreten, aber schon am Ende der ersten Woche, Dank der Heberei der Polizei, wieder entlassen worden, welche Maßregel in Verbindung mit der aller Menschlichkeit hohnsprechenden Behandlung von Seiten der Fabrikverwaltung, seinen Tod zur Folge hatte. Die Lebere lag den innerlich schwer verletzten Klaus über zwei Stunden hilflos am dem Fährhof auf einem Hund Stroch an einem Stroh Korbchen liegen, ehe sie ihn nach der Klinik überführen ließ, wo nach einigen Stunden dann Klaus' Tod erfolgte.

Dies geschah im Monat Juli 1881. Seitdem sind kaum neun Monate verstrichen, und schon sind aus dieser Fabrik eine ganze Reihe sogenannter Unglücksfälle, richtiger Verbrechen, zu berichten.

Ein Fischer, an der Hobelmaschine beschäftigt, bißte seinen Finger ein, einem anderen Arbeiter wird beim Eisentreiben der Fuß zerquetscht, ein Formier fällt mit einer Blanne Eisen und bricht den rechten Arm — Alles das sind in den Augen der Herren nur Kleinigkeiten. Die Fabrikanten sagen bei einem derartigen Fall: Das ist ja nicht so schlimm, das wird schon wieder geheilt, leid nur in Zukunft etwas vorsichtiger, und wie diese Redensarten sonst noch lauten.

Nach dem nichtswürdigen Vorkommnis mit Klaus waren die Arbeit-Inspektoren in Halle aufgefordert worden, dafür zu wirken, daß die Fabrik, in welcher so viel Arbeiter in der gefährlichsten Weise beschäftigt werden, Vorkehrungen treffe, daß bei etwaigen Unglücksfällen für schnelle

Ueberführung der Verunglückten in ein Krankenhaus gesorgt sei, daß zum Wenigsten ein Kranken-Transportkorb angeschafft werde.

Genüß ein berechtigtes Verlangen, wenn man bedenkt, daß es sich um den Schutz für über 400 Arbeiter handelt. Wie oft so ein Korb gebraucht worden wäre, haben die Leser gesehen. Aber, kaum glaublich und doch wahr, — es ist absolut nicht derartiges geschehen. Und so ist denn am 6. April wiederum ein Arbeiterleben der niederechtigen Rücksichtslosigkeit der Kapitalisten zum Opfer gefallen. Dem Gusspüher Friedrich hatte ein herabfallender Kesseltrichter beide Beine zerquetscht, und da es an jedem Transportmittel fehlte, so mußte auch er hilflos liegen bleiben, bis man eine Droschke geholt hatte, und zum Glück war der Kutscher diesmal ein fühlender Mensch, als der, welcher Kautschuk hatte fortfahren sollen und dies mit der Kostentragung verweigert hatte, er hätte einen solchen Menschen in seinem Fahrzeug nicht annehmen.

Indes, es war schon zu spät — und unter gräßlichen Schmerzen bißte auch Friedrich mit seinem Leben die Rohheit seiner Ausbeuter!

Der Verunglückte war Vater von sechs Kindern — ist es möglich, noch mehr zu sagen? Welche Unsummen von Geld kosten sich da vor unsern Augen auf!

O, Ihr Blutlunger von Fabrikanten, wann endlich wird eure Stunde einmal schlagen!

Dehne, kalter, gefühlloser Profitmenschen, den Geldsak, der bei Dir an Stelle eines Herzens sitzt, sollte man Dir bei lebendigem Leibe aus der Brust reißen! Wie lange sollen wir noch ruhig zusehen, wie euer Treiben von einer feilen Presse gelobdelt wird? — Werkt es Euch, Ihr Menschenhändler, wir kennen Euch und werden Euch zu finden wissen, vor uns sollt Ihr Rechenschaft ablegen!

Nicht wie Ihr uns durch eure Pfaffen glauben machen wollt, daß Ihr im Himmel am jüngsten Tag Rechenschaft über Euer Thun und Lassen abgeben müßt. — Nein, nein, das könnt Ihr uns nicht mehr vormachen. Das glaubt Euch der Dämme unter uns nicht mehr!

Wir wollen auf Erden einen jüngsten Tag haben, und da soll ein Heulen und Zähneklappen über Euch und eure Rüstschilde kommen.

Für jeden von Euch verschuldeten Blutstropfen, für jede durch Euch verursachte Thräne wird man Euch zur Verantwortung ziehen. Für jeden durch eure unerfüllte Habgier zum Krüppel gewordenen, um sein Leben beschloßenen Arbeiter schwören Hunderte einander zu Vergeltung zu nehmen.

„Die Wache ist mein, ich will vergelten, spricht der Herr“ — fort mit der Peinrache, damit lang ihr feinen mehr!

Wir werden Vergeltung verlangen für den Ruch, den Ihr fortgesetzt an uns, an unseren Kameraden verübt!

Ein Unversöhnlicher.

— **Mühlhausen** (im Elsaß), 19. April. Seit unserem letzten Berichte hat sich hier mancherlei von Interesse zutragen — unser sehr strenger Herr Kallenbach, Polizeidirektor hier, hat sein Möglichstes angedreht, um den Sozialdemokraten endlich einmal den Garaus zu machen, es hat ihm aber trotz aller seiner Anstrengung nicht gelingen wollen.

Kunzangs 28. Jg. freilich schien ihm das Glück einen Augenblick hold zu sein. Es kam nämlich ein Paket mit 200 Stück „Sozialdemokrat“ (Nr. 1 und 2) hier an, an einen der Polizei ganz unbekanntem Mann adressiert. Auf der Post wurde es nach echt preussisch-deutscher Sitte durchsucht, dann aber scheinbar regelmäßig abgeliefert, während vier Polizeispiegel in der grimmigsten Raste die ganze Nacht Wache halten mußten, um endlich einmal die rote Bande abzufassen. Vergebens! Und als man des anderen Tags beim Adressaten Haussuchung hielt, war das Paket gänzlich verschwunden; der Genosse, welcher das Paket dorthin hatte adressieren lassen, war früher aufgehalten, und als die Polizei kam, war jede Nummer schon am bestimmten Ort.

Das war der letzte Erfolg unseres Kallenbach; denn während er ganze Nächte Jagd auf uns machte, machte ein sehr eifriger Reichsfeind Jagd auf seine Frau, und war dabei glücklicher, so daß Kallenbach unmöglich mehr hier bleiben konnte und einen Urlaub von einem Jahre, angeblich nach Rumänien, nahm, tatsächlich aber nach der Schweiz ging, wo er noch weiß, da er die Sozialdemokraten in ihren Höhlen selbst ansuchen will.

Der Nachfolger des Herrn Kallenbach, Kriminalkommissarius Zahn, lieferte uns gleich bei seinem Antritt einen Beweis dafür, daß, was nachkommt, selten etwas thut. Kallenbach hielt sich bei all seinen Schnüffeleien immer noch in gewissen Schranken und ließ es in der Regel bei Hausdurchsuchungen bewenden, aber schon am ersten Tage nach seiner Abreise hätte man hier glauben können, man befände sich in Petersburg, Hausdurchsuchungen links und rechts, bei Arbeitern wie bei Bourgeois, wie blind wurde dreingeschlagen, Alles, was in die Hände fiel, wurde arretiert, sogar schwer kranke Personen mußten in's Gefängnis wandern, 14 Bürger wurden von 14 Tagen bis zu 6 Wochen ohne jegliche Verdachtsmomente festgehalten, da man nur bei 2 oder 3 einzelne Nummern der „Sozialdemokrat“ gefunden hatte, und schließlich war das Resultat der ganzen Verschöndelung, daß alle unschuldig erklärt wurden bis auf Genossen Kubler, von welchem ein Verräter Namens Laible sagte, er habe Zeitungen erhalten. Kubler saß 2 Monate in Untersuchungshaft und wurde noch zu 6 Monaten Gefängnis — die höchste gesetzlich zulässige Strafe — verurteilt.

Doch ist es damit noch nicht genug. Zahn, welcher in der Untersuchung geküßelt hatte, Kallenbach wäre zu dumm gewesen, er, der Herr Kriminalkommissarius, werde die ganze Bande bald haben, läßt seinen Spitzeln seither keine Ruhe (sie selbst besagen sich öffentlich darüber). Sogar Frauen wurden arretiert, darunter eine hochschwangere, und mußten sich damit die Schändlichkeit vollkommen sei, bis auf die Haut entleeren und von der Höflichkeit des Gemeindefiskus dreimal durchsuchen lassen. Eine andere Frau, welche jede Stunde auf ihre Niederkunft harrete, verlangte vergebens ihren Mann, welcher im Gefängnis war.

Kurz, Herr Zahn (oder vielmehr sein Vorgesetzter, der Herr Kreisdirector) läßt fast keinen Tag ohne Hausdurchsuchungen oder Arrestationen vergehen. Aber alles ist umsonst, noch wurde nichts gefunden, trotzdem Jedermann, der von hier nach Basel geht, genau beobachtet wird. Alle Stationen der Eisenbahn werden streng bewacht, ebenso erstrecken sich verschleierte Personen der zarten Fürsorge der Polizei, sie können Abends ruhig ihr Haupt niederlegen, es wird ihnen nichts geschehen — der Kaiser von Rußland könnte froh sein, wenn er sich so sicher fühlte, wie diese bösen Sozialisten.

Zum Schluß bemerken wir noch, daß wir vollkommen mit der Redaktion des „Sozialdemokrat“ einverstanden sind, denn wenn man solche Schändlichkeiten sehr wie hier, ist an eine Abhägung des Blattes gar nicht zu denken.

— **Genf**, 4. Mai. Es wird für manchen Genossen von Interesse sein, von Genf, wo eine zeitlang Wüsthilfe herrschte, wieder etwas zu erfahren. Außer den Gewerkschaften, welche noch existieren, besteht hier die politische Arbeiterpartei, deutscher sowie französischer Sprache, welche aber leider in zu viel kleine Gruppen getheilt ist.

Der autonome Arbeiterbund mit dem Zentralomite hat sich in aller Stille aufgelöst. Unsere Partei war, obwohl es ihr nie an Anhängern fehlte, nicht organisiert, um geschlossen auftreten zu können, was sich als ein Fehler herausstellte. Daher traten im Januar d. J. eine Anzahl Genossen zur Gründung einer Mitgliedschaft der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei zusammen. Diese Mitgliedschaft macht gute Fortschritte, und in ihrer letzten Generalversammlung haben sich die Mitglieder des deutschen Arbeitervereins mit großer Majorität für unsere Organisation erklärt, so daß wir mit dem Resultat unserer bisherigen Thätigkeit zufrieden sein können.

Am 24. April d. J. hatten wir eine öffentliche Volksversammlung im Salon S. H. H., Place des Alpes, mit der Tagesordnung: Die sozialpolitischen Zustände in Deutschland. Referent: Reichstagsabgeordneter, Genosse Vollmar.

In zweifelhäftiger Vortrage schilderte derselbe die Zustände in Deutschland und die Veränderung der Verhältnisse durch das Ausnahmegesetz. Die liberale Bourgeoisie habe aus Furcht vor der Sozialdemokratie und dem nach Freiheit ringenden erwachenden Volksgesicht sich blindlings der Säbelherrschaft in die Arme geworfen, in jeder Weise alle Maßnahmen derselben sanktioniert, und wird auch in Zukunft Alles bewilligen, was die Regierung von ihr zur Unterstützung der Rechte des arbeitenden Volkes verlangt, unter Umständen auch noch mehr. Das Sozialistengesetz werde in schamloser Weise und mit der reinsten juristischen Schmeichelei gebauddelt, so daß administrative Verbannungen und dergleichen berichtigte Maßregeln gleichgültiger Regierungen überflüssig und. Bismarck spricht durch seinen Staatssozialismus mit einem ihm

und seinen Freunden sehr gefährlichen Feuer, das er nicht mehr dämpfen kann, wenn es zum Ausbruch kommt. Das Volk wird durch die fortgesetzten An- und Ausschließungen in Form von Steuererhöhungen revolutioniert, wie man es besser gar nicht wünschen kann. Es muß betont werden, daß wir mit dem heutigen Staat keinen Frieden machen können, der die Gewalt in allen Formen an die Stelle des Rechts gesetzt hat. Das Volk muß unerschütterlich festhalten an seinen Forderungen trotz Ausnahmengesetz und sich, sobald der richtige Moment gekommen, durch die Gewalt seine Rechte erobern.

Herr Berner sprach sich dagegen aus, daß man jetzt noch mit Bourgeois, Pfaffen und Regierungsbeamten im Parlament sitze, da dort nicht der Ort sei, wo das Joch, welches auf dem Volke lastet, gebrochen werden kann, und stellt einen diesbezüglichen Antrag, der aber nur 9 Stimmen erhielt. Es sprach dann noch der Referent, der die Ausführungen Berner's mit treffenden Worten widerlegte, sowie einige Genossen, worauf folgende Resolution mit allen gegen 9 Stimmen angenommen wurde:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Vollmar einverstanden, und in Erwägung, daß der Kampf der deutschen Sozialisten ein sehr schwerer ist, drücken wir denselben unsere volle Sympathie aus und erklären, die deutschen Genossen mit allen Kräften zu unterstützen.“

Mit frischem Muth, Genossen, müßt Ihr an unserm Werk weiter wirken bis die alte Gesellschaft zusammenstürzt.

— **Warnung**. Der kommunistische Arbeiterbildungsverein in London, 49 Tottenham Street, bittet uns, die deutschen Parteigenossen vor Zug nach London zu warnen. Es sind in neuerer Zeit viele Ausgewiesene in der Hoffnung dorthin gekommen, sofort Arbeit und Unterlass zu finden; sie haben sich aber getäuscht, und der Verein ist nicht im Stande, auf die Dauer alle Unterfühlungsbedürftigen zu unterstützen. In London sind die Gewerkschaften jetzt außerordentlich ungnädig und deutsche Arbeiter haben wenig Aussicht, sich eine Existenz zu schaffen. Nirgends in der Welt ist der Hungertod so häufig wie in London und die deutschen Landleute stellen zu dessen Opfern ein bedeutendes Kontingent. Gehe deshalb Keiner nach London, ohne vorher Verbindungen angeknüpft und sich guter Aussichten auf eine Stelle versichert zu haben. Die Auswanderung nach Amerika, so sehr wir davon abrathen müssen, ist immerhin noch weniger riskant, als die Wanderung nach London. Wer also keine Verbindungen, wer keine Mittel und keine Kenntniß der englischen Sprache hat, geht, wenn nicht besondere Glücksfälle eintreten, in London einer traurigen Zukunft, wo nicht dem Untergang entgegen.

## Sinkenlied. \*)

Es wollt' ein König schlafen  
In seinem Garten schön,  
Die Ritter und die Frauen  
Von ferne durstten sich'n.

Er lag in Sammt und Seide,  
Doch nicht in süßer Ruh;  
Wohl that der Mann mir leid,  
Doch trug sich's hier zu:

Ein Fink laß verwegen  
Dem König nach und sang,  
In freier Luft erzogen,  
Sein Lied zum Herzen drang.

Sein Lied, es klang so hell,  
So froh und schön und frei,  
Daß man gehört zur Stelle  
Wie falsche Melodei.

Der König mocht's nicht hören:  
Wie? — Soll der frohe Sang  
Rein frommes Boll beühren?  
Das Lied, es macht uns traurig.

Sie mochten lachen, toben,  
Der König und sein Knecht,  
Sie mochten schmeicheln, loben:  
Der Fink lang sein Recht.

Da ist sein Lied verklungen,  
Der König schlug ihn todt;  
Der Fink hat seine Jungens,  
Denn hat es keine Angst!

W. P.

\*) Aus der „Deutschen Reichshofmannsbuch“, Jahrgang 1875, Nr. 1. — Herausgegeben von John Reitenbach-Blick, Gumbinnen.

## Briefkasten

Der Redaktion: Rother Zahn in Meerane: Daß die Genossen in H. in „Zeige“ seien, das Parteiorgan zu lesen, können wir unmöglich annehmen, ebensowenig, daß sie mit der Schandwirtschaft im Reich einverstanden seien. Es müssen also doch wohl andere Gründe sein, weshalb sie so gar nichts von sich hören lassen und nicht einmal die Polizei- und Gerichtshofkreuze, unter denen sie so schwer zu leiden haben, im Parteiorgan gebührend brandmarken. — H. G. in B.: Brief empfangen, den an D. f. J. v. K. v. K. abgeteilt. Rede von J.-w. kommt noch gelegentlich zum Abdruck; Rede S.'s unterließ nur, weil sie ungewissen die Kunde durch die Tagespresse gemacht hatte. Berücksichtigt nur, daß wir hier im „Zeit“ fast erstickt. Besten Gruß!

Der Expedition: Rother Zahn: Rein. Die 500 ersten können am 25. — Weiteres am 1. 5., welche vorans erbiten müßten. — Unversöhnlicher Zug: Hatte Verpätung durch Zwischenhand. Wird besorgt. Adr. A. J. O. H. erfolgen. — X. X. R.: Außer Sophia Veronofskaja keine. Kostet 40 Fl. Alles besorgt. — Rother Albertinus: Gedacht irrthümlich. Dünnes folgt Reiz. — Titelsrige: H. v. 12. und 13. h. erb. Weiteres besorgt u. erwartet. — Kreuzkopf i. G.: Auskunft erb. Auch was Weichrieder's fordert der Bedant? Identität ist hier die Mutter des Vorgefallenen sehr am Plage. Cochemille? — E. Siegel: R. 240 f. Schlt. v. Jgd. erb. — J. Rib. Cbr.: J. 17. — Ab. 2. Cu. f. 5 Jgd. erb. — J. R. Schölin: J. 2. — f. Schlt. erb. Sdg. fort. — J. R. Kbdgn: J. 550 f. 1. 1. Hgr. 2. erb. Sdg. abgg. — Rothbart: J. 169. — A. G. erb. — A. Tsh. W.: J. 2. — Ab. Mai-Juni erb. — W. Pl. Hg.: R. 150 Ab. bis Ende Juni erb. — A. Stg. Bayern: J. 150 Ab. Rest 1. Cu. u. 2. Cu. erb. — Michel Stieber: R. 48. — A. G. erb. H. erwartet. — Schorfe: J. 171.50 A. G. einget. Er. erwartet. — O. E. B.: R. 50. — dem H. d. d. jugen. Bl. mehr. — Fr. Bloch: Rottig v. 11. 5 beachtet. — Republikaner: langst vergiffen. — Fr. Ubra. Haag: J. 1855 Ab. 2. J. u. 4. Cu. 82 u. Schlt. erb. — H. A. London: J. 50.40 A. G. 2. Cu. (wobon J. 750 A. G.) erb. — J. H. Gdn.: W. 2. — Ab. 2. Cu. erb. Jhnen 30 Kr. gut per 3. Cu. — 2. B. H.: R. 3. — Ab. 2. Cu. erb. Alles glatt. — G. J. Beyer: J. 320 Ab. 2. Cu. erb. Peter: J. 1325 A. G. erb. H. erwartet. — A. Höhn: R. Huet: J. 50.55 A. G. u. H. v. 29. 4 erb. Mehrjährig. folgt. — Bestuhr: J. 17.55 Ab. 2. Cu. u. Schlt. erb. R. 13 Betrfsds. wird besorgt. Erwartetes ging nochmal auf bekannter Route. M. u. J. jetzt dort sein. Hier wird Reiz prompt erledigt. — W. Str. Paris: H. v. 14. 5 hier wird Reiz prompt erledigt. — P. W. London: Bumbum wird sich dem. nächst mit den Berläubern befaßt. „ja ungern er's auch thut“. Endliche Einkehr bei sich selbst. Wahrheits! da ihm „Kollege Wolf!“ seine Jamosen „Remotoren“ bedirgt.